

Tansania: Vertreibungen der Maasai im Namen von Tourismus und Naturschutz

Menschenrechtsverletzungen und ein falsches Verständnis von Naturschutz

Umweltzerstörung und der Verlust von Biodiversität weltweit sind unübersehbar. Es besteht Einigkeit darin, dass gehandelt werden muss. Auf der UN-Biodiversitätskonferenz wurde beschlossen, dass 30 Prozent der Erde bis 2030 unter Naturschutz stehen sollen („30 x 30 Ziel“). Die Ausweitung des Naturschutzes zeigt jedoch problematische Aspekte. Besonders Indigene Gruppen und Kleinbäuer*innen wurden und werden immer wieder ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Dass ein solcher „exklusiver Naturschutz“ nicht nur die Menschenrechte missachtet, sondern auch der Umwelt und Biodiversität schadet, ist auch im Nordosten Tansanias zu erkennen. Dort vertreibt die Regierung Gemeinden der Maasai – im Namen des Naturschutzes.

Historisches Unrecht

Die Maasai sind eine ostafrikanische indigene Bevölkerungsgruppe, die vor allem im Norden Tansanias und im Süden Kenias als halbnomadische Viehhirten saisonal zu unterschiedlichen Weidegründen ziehen. Sie haben einen festen Platz im Ökosystem. Es gelingt ihnen, im Einklang mit der Natur in einer steppenartigen Umwelt zu überleben.

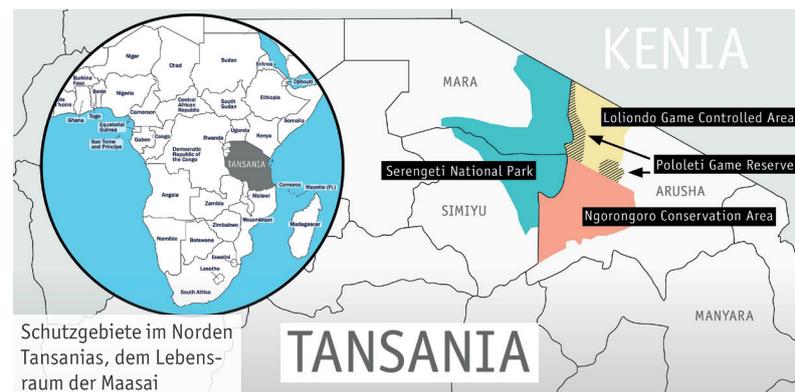
In den 1940er Jahren beschloss die britische Kolonialherrschaft im Serengeti-Ökosystem, einem zentralen Teil des Siedlungsgebietes der Maasai, einen Nationalpark zu gründen. Schon damals propagierten die Kolonialherren, dass menschliche Siedlungen die Natur und die Wildtiere der Region gefährden. 1959 wurden die Maasai gezwungen, den heutigen Serengeti Nationalpark zu verlassen und sich in der angrenzenden, circa halb so großen *Ngorongoro Conservation Area* (NCA, siehe Karte) anzusiedeln.

Die Anerkennung der NCA mit ihrem weltbekannten Ngorongoro-Krater als UNESCO Weltkulturerbe im Jahr 1979 wurde für die Maasai ein weiteres Problem. Zum einen wurden die dort lebenden Maasai nicht als Teil des Erbes anerkannt. Zum anderen verbot die tansanische Regierung 2009 auf Empfehlung der UNESCO den Maasai den Ackerbau. Ohne angemessene Programme und Strategien zur alternativen Sicherung der Ernährung kam es in den folgenden Jahren zu Hungersnöten. Die Regierung nutzt die von ihr mitverantwortete Situation nun als Argument, um die Zwangsumsiedlung der Maasai als humanitären Akt darzustellen.

Auch in Loliondo, dem nördlichen an die NCA angrenzenden Siedlungsgebiet (siehe Karte), sieht die Regierung die Maasai als Bedrohung für Natur und Tourismus an. Seit 1992 hält die Jagdfirma *Ortello Business Company* (OBC) aus den Vereinigten Arabischen Emiraten dort Lizenzen für die Trophäenjagd. Deren Interesse an exklusiven Jagdgebieten wird wiederholt als Grund für das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen die Maasai genannt.

Mehrere UN-Sonderberichterstatter erklärten Ende 2019 gegenüber der tansanischen Regierung: „Jahrzehnte der Vertreibungen und Umsiedlungen, das Schrumpfen des Lebensraums der Maasai und der fehlende Schutz vor kommerziellen und privaten Interessen auf ihrem

verbliebenen Land hat Auswirkungen auf die Erhaltung der Hirtenkultur der Maasai und bedroht nun die Existenz dieses Volkes.“¹



Gewaltsame Vertreibungen in Loliondo...

Seit Jahren verstärken sich die Bestrebungen der tansanischen Regierung, Naturschutz- und Jagdgebiete rund um den Serengeti Nationalpark auszuweiten. Laut Plan soll ein Drittel (1.500 Km²) von Loliondo in ein Jagdgebiet umgewandelt werden (siehe gestreiftes Gebiet auf der Karte). Im Konflikt mit Jagdfirmen – vor allem der oben genannten OBC – wurde immer wieder von Gewalt gegen die Maasai berichtet.² 2017 ging die Regierung systematisch gegen die im geplanten Jagdgebiet lebenden Maasai vor. Berichten zufolge wurden am 13. und 14. August 2017 von Rangern des Serengeti-Nationalparks (SENAPA) und der *Ngorongoro Conservation Area Authority* (NCAA) und unterstützt von der Polizei aus Loliondo 185 *Bomas* (traditionelle Kleinhöfe der Maasai) niedergebrannt. Schätzungsweise 6.800 Menschen wurden obdachlos, der größte Teil ihres Besitzes zerstört. Infolgedessen klagten die Maasai beim Ostafrikanischen Gerichtshof (*East African Court of Justice*). Nach sechs Jahren urteilte der Gerichtshof in einem Revisionsverfahren im November 2023, dass die Vorgänge rechtswidrig waren.³

Trotz laufendem Gerichtsverfahren begann im Juni 2022 eine weitere umfassende Vertreibungsaktion zur Errichtung des Jagdgebietes *Pololeti Game Controlled Area* (siehe Karte). Hunderte von Polizisten

und Sicherheitskräften schlugen und beschossen Menschen, die sich wehrten. Etwa 2.000 Maasai flohen nach Kenia. 17 Vertreter*innen der Gemeinden wurden festgenommen und mit falschen Vorwürfen teilweise bis zu fünf Monaten festgehalten.⁴ Noorkishili, eine Sprecherin der Maasai aus Loliondo beschreibt die Ereignisse: „Bei der Vertreibung ist auf viele Menschen geschossen worden, es ist Blut geflossen, Frauen sind angegriffen worden, Kinder sind verloren gegangen, weil alle geflohen sind...“⁵

Ohne Zugang zu den Winterweiden und Wasserstellen verlieren die Maasai ihre Tiere. Wenn ihre Tiere dennoch auf annektierten Gebiet gefunden werden, werden diese von den Naturschutzbehörden konfisziert. Um sie zurückzubekommen, verlangt der Staat hohe „Gebühren“. Insgesamt wurden so 2022 etwa 30.000 Tiere beschlagnahmt. Alleine die NCAA, welche das neue Jagdgebiet kontrollieren soll, hat von Januar bis November 2023 über 19.000 Tiere beschlagnahmt und etwa 300.000 Euro „Gebühren“ von den Maasai eingetrieben. Viele Maasai-Familien verloren ihre Ernährungsgrundlage.

Der Dorfvorsitzende aus Mundorosi erklärt: „17 Familien sind an einem Tag verarmt. Das Vieh wurde auf dem Dorf land beschlagnahmt und von Rangern mit vorgehaltener Waffe in den Serengeti Nationalpark gebracht: Ich und zwei Gemeinderäte und andere Dorfvorsteher gingen hin, um sie um die Freigabe des Viehs zu bitten, [...] aber sie haben es als nicht beanspruchtes Eigentum verkauft.“⁶

...und brutal erzwungene Umsiedlung in der Ngorongoro Conservation Area

Nach Plänen der Regierung sollen 82.000 Maasai die an Loliondo angrenzende NCA bis 2027 verlassen. Das mit dem Schutzgebiet im Jahr 1959 formalisierte Nutzungskonzept, in dem die Landnutzung der Maasai festgeschrieben ist, soll abgeschafft werden. Diese Pläne gehen auch auf Forderungen von Naturschutzorganisationen und der UNESCO zurück. In ihrer Petition aus dem Jahr 2021 an die UNESCO listen die Maasai viele problematische Empfehlungen der UNESCO sowie deren negativen Auswirkungen auf. So wurde auf Empfehlungen der UNESCO von 2007 und 2008 hin die Subsistenzlandwirtschaft verboten. Der Welternährungsausschuss empfahl, Straßenrechte der lokalen Bevölkerung nicht anzuerkennen, unterstützt jedoch einen Ausbau des Straßennetzes für den Tourismus.⁷

In der NCA geht die Regierung weniger als in Loliondo mit direkter Gewalt vor und spricht offiziell von ‚freiwilligen Umsiedlungen‘. Die repressiven Maßnahmen bedeuten aber faktisch eine Zwangsumsiedlung. So wurden seit 2021 jegliche Finanzierungen von Schulen und Krankenstationen in dem Schutzgebiet eingestellt. Seit fast zwei Jahren darf auch der privat finanzierte *Flying Medical Service* nicht zu den Maasai. Die Regierung hat viele No-Go-Zonen eingerichtet, die den Zugang zu Wasser und Weideland stark einschränken. Für die notwendige Einfuhr von Grundnahrungsmitteln werden zusätzliche Gebühren erhoben, um die Preise künstlich in die Höhe zu treiben. So kostete ein Sack Mais 2023 in der NCA etwa 140.000 Tansanische Schilling, nur ein paar Kilometer außerhalb rund 80.000 Schilling. Die Ernährungslage verschlechtert sich dramatisch. „Für die Regierung sind wir nicht einmal Tiere“, beschreibt Nengai, traditionelle Sängerin der Maasai aus der NCA die aktuelle Situation.⁸ Viele sind bereits gegangen – gezwungenermaßen, um zu überleben, wie auch eine Aktivistin vor Ort erklärt: „Wie sollen wir

die sogenannte freiwillige Umsiedlung aufhalten, wenn die Menschen alle leere Mägen haben?“⁹ Ein von einer Frauen-Initiative provisorisch errichtetes Klassenzimmer bei einer zerstörten Schule wurde von den Behörden wieder eingerissen.



Aufbau eines provisorischen Klassenzimmers durch eine Fraueninitiative, Herbst 2023

Systematische Verletzung von Menschenrechten

Für die Maasai ist der Zugang zu ihrem Land existentiell und ein unabdingbarer Bestandteil ihrer Kultur. Die Vertreibungen und erzwungenen Umsiedlungen verstoßen sowohl gegen nationales Recht – bei dem annektierten Land in Loliondo handelt es sich beispielsweise um registrierte Dorfgebiete – als auch gegen internationale Menschenrechte. Mit der Ratifizierung des UN-Sozialpaktes und der *African Charter on Human and Peoples' Rights* hat sich Tansania der Einhaltung von sozialen Rechten verpflichtet. Konkret werden die international garantierten Rechte auf Nahrung, Wasser und Land der ländlichen und Indigenen Gemeinschaften, wie sie im UN-Sozialpakt, in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern (UNDROP) sowie in der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) niedergelegt sind, durch die geschilderten Maßnahmen verletzt.

Das Leid von Frauen ist besonders hoch. Die fehlende pränatale Versorgung hat bereits Leben gekostet. Durch fehlenden Zugang zu den bisherigen Wasserstellen müssen viele Frauen heute lange Wege gehen, um alternative Wasserstellen zu erreichen. Dabei sind sie der Gefahr von Überfällen ausgesetzt.

Das falsche Spiel mit dem Naturschutz

Das Argument, dass menschliche Siedlung und Naturschutz unvereinbar sind, ist nicht neu. Der Diskurs wurde mitgeprägt vom Zoologen Bernhard Gzimek, der in den 1950er Jahren Tansania bereiste. Während er für seinen Zoo Wildtiere einfing, warnte er vor dem Einfluss menschlicher Siedlungen auf deren Lebensraum. Eben jenes Argument griffen die britischen Kolonialmächte auf, als Begründung für das Siedlungsverbot im Serengeti Nationalpark.

Es sind Berichte der UNESCO¹⁰ und der Frankfurter Gesellschaft für Zoologie (FGZ)¹¹, auf die sich die tansanische Regierung heute beruft und welche erklären, dass der Populationsanstieg der Maasai und ihrer Tiere die Umwelt der Region belastet. Über 300 Wissenschaftler*innen haben 2022 demgegenüber in einem offenen Brief an die tansanische Regierung die Naturschutzargumente als vorgeschoben gebrandmarkt.¹²

Im scharfen Kontrast zum Argument des Naturschutzes steht auch der massive Ausbau der Tourismusinfrastruktur: Hotels schießen in den Schutzgebieten aus dem Boden, Straßen werden gebaut, und viel Wasser

wird benötigt. In Safaris fahren täglich 300 Jeeps durch den Lebensraum jener Wildtiere, die geschützt werden sollen. Der Menschenrechtsrat in Genf erklärte schon 2009 zu dem Konflikt um Jagdlizenzen der OBC in Loliondo: „Insbesondere der Bau und Betrieb eines Flughafens inmitten von Wildtierkorridoren hat zu Luftverschmutzung und Lärmbelastigung geführt; der Bau von Dauerwohnungen ist illegal in Tierschutzgebieten erfolgt; Wasserpiraterie hat die Wasserressourcen innerhalb des Tierschutzgebiets verringert“.¹³ In der NCA ist die Zahl der Tourist*innen von 20.000 im Jahr 1979 auf 750.000 explodiert und damit „eines der am intensivsten besuchten Schutzgebiete Afrikas“.¹⁴ Für 2025 werden alleine in der NCA Tourismuseinnahmen von 60 Millionen Euro prognostiziert. Mit dem Argument des Naturschutzes wird offensichtlich oft gespielt – eher geht es um lukrativen Tourismus und Trophäenjagd.

Wie stark der Naturschutz von der lokalen Bevölkerung entkoppelt ist, zeigt auch eine UNESCO-Mission im Februar 2024. Diese sollte den Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen im Weltnaturerbe NCA nachgehen. Die Maasai erfuhren jedoch erst durch informelle Quellen zwei Tage nach Eintreffen der UNESCO-Delegation von der Mission. Die Delegation besuchte die NCA in einer Nacht- und Nebel-Aktion, von der kein Dorfsprecher vorab informiert war. Mittlerweile sind die Maasai soweit, den Entzug der Akkreditierung der NCA als Welterbe zu fordern.

Viehhirten – die wahren Hüter der Natur

Viehhirten wie die Maasai haben ihre Lebensweise ihrer Umwelt so angepasst, dass es ihnen gelingt, ihre Herden trotz sehr begrenzter Ressourcen ertragreich zu halten. In ihrer engen Verbindung mit der Natur ist es ihr Selbstverständnis, diese zu schützen: Häuser werden nie aus ganzen Bäumen, sondern nur aus Ästen gebaut. Wasserstellen werden in klarer Absprache genutzt, sodass keine versiegt. Maasai-Herden grasen an wechselnden Orten, damit sich die Weideflächen wieder regenerieren und um den Wanderungen und Brutgebieten der Wildtiere auszuweichen. Das macht doppelt Sinn, denn mit den Büffeln kommen auch die Raubtiere. Tatsächlich sprechen auch Wildtierzählungen eine andere Sprache: von 2009 bis 2014 hat sich beispielsweise die Zahl der Elefanten im Serengeti Ökosystem verdoppelt.¹⁵

Die Maasai sind ein wichtiger Bestandteil ihres Ökosystems. Orte, an denen sie leben, weisen oft eine erhöhte Biodiversität auf. Wie auch an vielen anderen Orten sind es Indigene Gemeinschaften, die Natur und Biodiversität schon lange behüten. Dafür ist jedoch ihr freier Zugang zu Land grundlegend. Über die Vertreibungen sind sie so wütend wie über die Begründung: „Wenn es wirklich um den Naturschutz gehen

würde, dann wären die Maasai die letzten, die es zu bekämpfen gälte“, so Joseph Oleshangay, ein Anwalt und Maasai aus Ngorongoro und Preisträger des Weimarer Menschenrechtspreises 2023.



Nur Platz für reiche Tourist*innen – Luxus-Lodge am Kraterand (Screenshot aus Reisebroschüre von &Beyond)

Die Verantwortung Deutschlands

Die deutsche Bundesregierung kooperiert seit vielen Jahren mit Tansania im Naturschutz. Aktuell finanziert Deutschland den Naturschutz in Tansania mit wenigstens 108 Millionen Euro.¹⁶ Im Mai 2023 hat FIAN, gemeinsam mit Misereor und anderen Partnergruppen, die Lobbyreise einer Maasai-Delegation nach Europa unterstützt. Dort trafen die Maasai auch die deutsche Regierung und Politiker*innen. Sie fordern: „Wenn Sie nicht sicherstellen können, dass nicht ein einziger Cent Ihres Geldes an den Menschenrechtsverletzungen in unserer Heimat beteiligt ist, dann beenden Sie die Finanzierung.“¹⁷

Worum geht es genau? Zunächst ist die enge Kooperation mit der tansanischen Parkagentur TANAPA, welche immer wieder beschuldigt wird, an gewaltsamer Unterdrückung und Vertreibungen der Maasai beteiligt zu sein, problematisch. Die TANAPA-Leitung erklärt selbst, man habe „die Organisation erfolgreich von ihrer früheren zivilen Verwaltung in die heutige paramilitärische Form des Naturschutzes geführt.“ Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Kooperation und Finanzierung der TANAPA grundsätzlich zu hinterfragen.

Das BMZ finanziert über die KfW, GIZ, FGZ und den WWF Deutschland mehrere Projekte im Gebiet. Unter anderem wurde die Nationalparkbehörde des Serengeti Nationalparks mit Jeeps ausgestattet. Die Bundesregierung betonte zwar, dass sie eine Verbindung der Behörde mit rechtswidrigem Verhalten im Maasai-Konflikt ausschließe.¹⁸ Im



Februar 2024: Demo der Maasai, bei der die UNESCO Mission kritisiert und der UN Generalsekretär aufgefordert wird, aktiv zu werden.

November 2023 urteilte jedoch ein Gericht, dass die Festsetzung und Versteigerung von 806 Rindern durch die Nationalparkbehörde illegal war.

Auch die KfW-Finanzierung des Serengeti Nationalparks vom November 2023 mit 8,5 Millionen Euro zur Ausstattung der Parkranger mit Überwachungstechnik für den Tourismus ist fragwürdig. Risiken im Kontext anhaltenden Kriminalisierung und Übergriffe auf die Maasai im Grenzgebiet sieht die KfW laut eigener Risikobewertung nicht.

Eine weitere Aktivität war die Beteiligung der FGZ und des BMZ an einem Landnutzungsplan für den gesamten Ngorongoro Distrikt, welcher die NCA sowie Loliondo umfasst. Der Plan hätte die Landnahme von 1.500 Quadratkilometern in Loliondo rechtlich verankert. Nach anhaltender Kritik erklärte die Bundesregierung: „Nachdem die Ratsmitglieder [...] den Distrikt-Landnutzungsrahmenplan am 19. Mai 2023 mehrheitlich abgelehnt haben und es zudem Kritik von Menschenrechts- und Massaivertreterinnen und -vertretern an dem Plan gab, hat die Bundesregierung alle Aktivitäten des Projekts, die sich auf Landnutzungsplanung im Ngorongoro Distrikt bezogen, ab dem 1. Juni 2023 bis auf weiteres suspendiert.“¹⁹

BMZ, KfW und auch die FGZ heben zudem die sogenannten Wildlife-Management-Areas (WMAs) als Vorzeigeprojekte für die Beteiligung von lokalen Gemeinden am Naturschutz hervor. Die Ironie: WMAs sind eine Form von Schutzgebieten, die per Definition in Gemeindeland liegen, welches die Gemeinden seit vielen Jahrzehnten nachhaltig verwalten. Die Einrichtung einer WMA führt daher oft zu einem Verlust von Land- und Nutzungsrechten – auch an internationale Naturschutzorganisationen, die dann die neuen Schutzgebiete mitverwalten. Die neue Regierungsstrategie zu den WMAs erwähnt die Maasai und lokale Gemeinden nicht einmal als beteiligte Stakeholder – Jagd- und Tourismusverbände sowie Umweltschutzorganisationen hingegen schon.

In den Treffen mit der Delegation 2023 erklärten die verschiedenen Vertreter*innen der Bundesregierung den Maasai-Vertreter*innen, dass sie die tansanische Regierung wiederholt zur Einhaltung ihrer menschenrechtlichen Pflichten auffordert und bei eigenen Finanzierungen diese Einhaltung sorgsam prüfe. Diese Prüfungen sowie die konkreten Finanzierungen wollen die Maasai gerne einsehen – dies wurde jedoch abgelehnt.

MISA: ein starkes internationales Netzwerk ist entstanden

Auf Grundlage der intensiven internationalen Zusammenarbeit haben die an der Delegationsreise beteiligten Organisationen aus Tansania und Europa entschieden, sich zu einer Allianz zusammen zu tun. So

entstand die *Maasai International Solidarity Allianz* – kurz MISA, der auch FIAN angehört. Neben Koordinierung und Austausch veröffentlichen wir monatliche Newsletter, die wichtige Entwicklungen festhalten und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies ist besonders wichtig, da die Medienberichterstattung vor Ort stark kontrolliert ist. Kritik am Vorgehen der Regierung kommt kaum zu Wort.

MISA unterstützt auch die Erarbeitung einer Vision von Naturschutz und Zusammenleben aus dem Blickwinkel der Maasai. Durch Gesprächsrunden in den Dörfern werden Erfahrungen und Perspektiven der Maasai zusammengetragen und zu einer positiven Vision für die Gegend zusammengeschnürt.



Lokales Maasai Strategietreffen in der NCA 2024

- 1 <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gId=24872>
- 2 http://unsr.jamesnaya.org/wp-content/uploads/2008/10/2010_comunications.pdf, S. 175f
- 3 <https://www.eacj.org/wp-content/uploads/2023/12/Appeal-No.-13-of-2022.pdf>
- 4 <https://www.theguardian.com/global-development/2022/nov/25/tanzania-drops-charges-against-24-maasai-leaders>
- 5 Interview vom 21. Mai 2023 in Frankfurt
- 6 MISA Newsletter September / Oktober 2023 <https://www.fian.de/wp-content/uploads/2023/12/MISA-news-nov-and-dec-2023.pdf>
- 7 WHC, Entscheidung 41COM 7B.39. Siehe <https://whc.unesco.org/en/decisions/7040>
- 8 Interview vom 21. Mai 2023 in Frankfurt
- 9 Zitat einer Maasai-Aktivistin vom Februar 2024, anonymisiert aus Sicherheitsgründen
- 10 <https://www.oaklandinstitute.org/looming-threat- eviction>
- 11 <https://fzs.org/de/aktuelles/es-wird-enger-in-der-serengeti>
- 12 https://docs.google.com/document/d/12ZoN4G18lfn6vgKExC1xgjSyX_RyadFekpVKcW-wvs0/edit
- 13 Bericht HRC 2009, S. 176
- 14 IUCN (2020) Ngorongoro Conservation Area. 2020 Conservation Outlook Assessment
- 15 TAWIRI (2014) Aerial Total Count of Elephant and Buffalo in the Serengeti Ecosystem
- 16 Laufende Projekte im Dezember 2023 (Quellen: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002445.pdf> & Transparenzportal des BMZ)
- 17 Interview vom 21. Mai 2023 in Frankfurt
- 18 Bsp. in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 30.5.2023 (Drucksache 20/7059)
- 19 Antwort der Bundesregierung vom 23.1.2024 auf die schriftliche Frage Nr. 1/174 der Bundestagsabgeordneten Cornelia Möhring

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50969 Köln

www.fian.de
fian@fian.de
Tel.: 0221-47449110

Köln, März 2024

Autoren: Roman Herre, Sarah Widdig

Layout: Silvia Bodemer

Mit freundlicher Unterstützung durch Misereor

MISEREOR
IHR HILFSWERK

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen